

Sammelbestätigung

für den Zeitraum vom 01.01.2006 bis zum 31.12.2006

über Zuwendungen im Sinne des § 10 b des Einkommensteuergesetzes an eine der in § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes bezeichneten Körperschaften, Personenvereinigungen oder Vermögensmassen.

Art der Zuwendung: siehe Anlage

Name und Anschrift
des Zuwendenden:

Herrn
Dr. Patrick Thilmann
Schwarzwaldstr. 42
68163 Mannheim

Betrag der Zuwendungen

in Ziffern: **200,00 EUR

in Buchstaben: Zweihundert

davon Spenden: **100,00 EUR

davon Beiträge: **100,00 EUR

Tag der Zuwendungen: siehe Anlage

Es handelt sich nicht um den Verzicht auf die Erstattung von Aufwendungen.

Wir sind wegen Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege nach dem letzten uns zugewandenen Freistellungsbescheid des Finanzamts für Körperschaften I, Berlin, StNr. 27/672/52443 vom 17.08.2004 für die Jahre 2001 - 2003 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer befreit.

Es wird bestätigt, dass es sich nicht um Mitgliedsbeiträge, sonstige Mitgliedsumlagen oder Aufnahmegebühren handelt und die Zuwendung nur zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege im Sinne der Anlage 1 - zu § 48 Abs. 2 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung - Abschnitt A Nr.1 ggf. auch im Ausland verwendet wird.

Berlin, den 29.01.2007



Adrio Bacchetta
Geschäftsführer

Diese Zuwendungsbestätigung wird lt. Genehmigung vom 08.06.2005 des Finanzamts für Körperschaften I Berlin, StNr. 672/52443, automatisch erstellt und ist ohne Originalunterschrift gültig.

Hinweis:

Wer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine unrichtige Zuwendungsbestätigung erstellt oder wer veranlasst, dass Zuwendungen (nicht zu den in der Zuwendungsbestätigung angegebenen steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden, haftet für die Steuer, die dem Fiskus durch einen etwaigen Abzug der Zuwendungen beim Zuwendenden entgeht (§ 10 b Abs. 4 EStG, § 9 Abs. 3 KStG, § 9 Nr. 5 GewStG). Diese Bestätigung wird nicht als Nachweis für die steuerliche Berücksichtigung der Zuwendung anerkannt, wenn das Datum des Freistellungsbescheides länger als 5 Jahre bzw. das Datum der vorläufigen Bescheinigung länger als 3 Jahre seit Ausstellung der Bestätigung zurückliegt (BMF vom 15.12.1994 - BStBl I S. 884).